

Gespräch mit einem Grossindustriellen

Autor(en): **Roschewski, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gespräch mit einem Großindustriellen

«Mit den Methoden unserer Väter und Großväter läßt sich heute nicht mehr auskommen.» Diesen Satz sagte in einem Interview über aktuelle Fragen der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft Fritz Schürch, Delegierter des Verwaltungsrates der Vereinigten Tabakfabriken AG in Serrières-Neuchâtel und Präsident des Schweizerischen Inserentenverbandes. Das in der «Wirtschaftsrevue» (Verlag Universum Preß Wyler & Cie., Genf/Zürich, Nr. 44, September 1963) wiedergegebene Gespräch mit einem führenden Großindustriellen der Schweiz ist höchst interessant. Der Industrielle fällt ein ziemlich vernichtendes Urteil über die herkömmliche schweizerische Hochkonjunkturpolitik und setzt sich massiv für Wirtschaftsplanung ein. Er sagt in diesem Interview in der «Wirtschaftsrevue» zunächst, daß das konjunkturpolitische Instrumentarium, das von Bund und Nationalbank heute angewandt wird (Beschränkung des Kredites und der ausländischen Arbeitskräfte) veraltet sei. Warum? Weil die Preisbildung bei beliebig vermehrbaren Gütern sich vom Gesetz von Angebot und Nachfrage, das die klassische Nationalökonomie aufgestellt hat, losgelöst habe; denn die Verkaufspreise würden heutzutage auf Grund der Produktionskosten festgesetzt. Und im Anschluß daran feuert Herr Schürch eine Breitseite gegen die liberalistische Wirtschaftsauffassung ab, wonach angeblich die freie Wirtschaft und ihr freies Spiel der Kräfte alles aufs beste regle. Er sagt nämlich ausdrücklich: «Im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung vermögen überdies Preisschwankungen die Wirtschaft nicht mehr rationell zu steuern. Preiserhöhungen oder Preissenkungen zeigen immer erst ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage an, das bereits eingetreten ist. Nachfragebedingte Preisschwankungen sind immer die Folge vergangener Fehldispositionen. Es ist ausgeschlossen, daraus Schlüsse für die zukünftige Entwicklung zu ziehen. Es wäre daher besser, wenn man zum vorneherein dafür sorgen würde, daß eine Korrektur auf dem Wege von Preisänderungen, die stets wirtschaftliche Erschütterungen hervorruft, gar nicht notwendig wäre.»

Und nachdem er der Marktwirtschaft den Nimbus gründlich entrissen hat, welches Rezept gibt dieser schweizerische Großindustrielle für eine bessere Wirtschaftspolitik? Planung! Zwar lehnt Herr Schürch die nach ihm «auf Marx zurückgehende staatliche Plan- und Kommandowirtschaft» ab, aber er preist die «moderne Technik der langfristigen Vorschau»: «Will man den durch preisliche Erschütterungen hervorgegangenen Konjunkturzyklus überwinden und eine Wirtschaftsform schaffen, die sich im Rahmen des technischen Fortschrittes in ständiger Expansion befindet, so wird es unerläßlich,

eine solche Entwicklung mittels langfristiger Zielsetzungen zu planen und unter Kontrolle zu halten.» Planen, sagt Herr Schürch weiter, heiße nichts anderes, als intelligent vorausschauen, um rechtzeitig dort eingreifen zu können, wo die Vorausschau zeigt, daß mangels entsprechender Eingriffe unerwünschte Situationen eintreten werden. Diese Planung lege die Wirtschaft keineswegs in Fesseln und beeinträchtige auch die freie Wahl des Verbrauchers nicht. Ihr Ziel sei vielmehr, für alle am Wirtschaftsleben Beteiligten – für Produzent und Konsument – den Weg für eine optimale Entwicklung im Rahmen des technisch Möglichen aufzuzeigen und freizulegen. Dieser schweizerische Industrielle hat auch erkannt, daß eine solche Planung nicht mehr Utopie ist. Die moderne Elektronik ermöglicht die Speicherung ungeheurer Massen von Daten, ermöglicht es auch, diese Massen von Daten in logischen Zusammenhang miteinander zu setzen und in kürzester Zeit praktisch auswertbare Resultate hervorzubringen.

Herr Schürch hat die Einführung der langfristigen Planung und der langfristigen Erfolgsbudgetierung zunächst einmal für die einzelnen Betriebe gefordert. Aber als man ihm die Frage stellte, ob diese Überlegungen und Postulate auch für den Staat gälten, erklärte er sich überzeugt, daß eine die Zukunft vernünftig erhellende Programmierung für Staat und Unternehmer gleichermaßen unerläßlich sei, wenn man aus der unbefriedigenden Improvisation und den immer zu spät kommenden Korrekturen herauskommen wolle. Ein nationales Aufwand- und Ertragsbudget und darauf fußend ein nationaler Wirtschaftsplan gäbe das Instrument ab, das es erlauben würde, die Wirtschaft optimal zu rationalisieren und in prompter Anpassung an den technischen Fortschritt bei stabilem Gesamtpreisniveau in größtmöglicher Expansion zu halten.

Ein solcher Plan – wir lassen hier wieder Herrn Schürch und keineswegs einen Sozialisten sprechen – erlaubt es auch, die durch die Technik bedingten Strukturwandlungen in der Wirtschaft rechtzeitig vorzusehen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Strukturwandlungen reibungslos durchzuführen: «Heute sperrt man sich gegen solche Anpassungen und legalisiert damit in vielen Wirtschaftssektoren die Unproduktivität. Das Resultat: eine gesunde Expansion unserer Wirtschaft wird unnötig gebremst, und die zu lösenden Probleme bleiben bestehen.»

Der von der «Wirtschaftsrevue» interviewte Tabakindustrielle gibt dann folgendes Beispiel seiner Planungs- und Lenkungs Ideen für die schweizerische Wirtschaft: Hätte die Schweiz auf Grund von Markt- und Bevölkerungsstudien gleich nach dem Krieg eine langfristige Programmierung aufgestellt, so wäre es nicht zu der heutigen Kalamität gekommen. Man hätte gewußt, daß es zur Erreichung eines bestimmten Sozialproduktes so und so viele Arbeitskräfte braucht, deren Familien wiederum so und so viele Wohnungen, Schulen, Spi-

täler, Straßen usw. benötigen. Man hätte dann die Vorkehrungen rechtzeitig treffen und erst noch die Geldentwertung sich ersparen können.

So weit Herr Fritz Schürch. Seine Ausführungen zeigen, wie hinter dem Rauchnebel der Schlagworte und der Traditionen eine Wandlung im wirtschaftspolitischen Denken eingetreten ist. Vieles, was als sozialistisches Teufelswerk verschrieen war, hat sich in Wirklichkeit heute durchgesetzt. Die wirklichen Köpfe unter den Wirtschaftsführern wissen dies schon längst und lassen nur noch aus politischen Gründen ihre zweite Garnitur ein Propagandaarsenal benutzen, das infolge besserer Einsicht und Erkenntnis und vor allem infolge der Macht der tatsächlichen Entwicklung hoffnungslos veraltet ist. Wir aber wollen lieber an die gescheiterten und weitsichtigen Köpfe in allen Lagern appellieren!

ROLF REVENTLOW, MÜNCHEN

Regimewechsel in Deutschland

Mit dem Rücktritt Konrad Adenauers beginnt zweifellos eine neue Ära der bundesdeutschen Politik dieser Nachkriegszeit. Der alte Herr, in Bonn kurz «der Alte» genannt, war persönlich wie politisch eine besondere Erscheinung. Es wäre sicher übertrieben, wenn man behaupten wollte, nur ihm sei die demokratische Stabilisierung eines Landes zu danken, dessen Rumpfgbiet als staatliche Neugründung 1949 unter der doppelten Belastung einer feudalistisch-absolutistischen Tradition des monarchischen Staatenbundes bis 1918 und dann ab 1933 totalitärer Führung stand. Dennoch gebietet eine objektive Wertung dieser jüngst vergangenen Zeitgeschichte der deutschen Bundesrepublik die Feststellung, daß Adenauer hieran – allerdings auf seine sehr charakteristische Weise – einen erheblichen Anteil hatte. Meister der Taktik innerhalb und außerhalb seiner Partei, wußte er sowohl die Christlich-Demokratische Union wie die Bundespolitik zu beherrschen, ihr seinen Stempel aufzudrücken und dennoch stets die Kompromisse einzugehen, die der vielschichtige Charakter dieser Organisation erforderte. Dies war um so bemerkenswerter, als im größten deutschen Land, in Bayern, eine andere, regional organisierte und von den Eigenheiten des bayerischen Milieus bestimmte, Partei die CDU der andern Länder ersetzt, die Christlich-Soziale Union, deren Vorsitzender bekanntlich Franz-Joseph Strauß heißt.

Am stärksten drückt sich der Rücktritt Adenauers wohl darin aus, daß etwa vor zehn Jahren noch niemand in Deutschland oder auch die zahlreichen ausländischen Beobachter oder Interessenten an die neu begonnene deutsche Politik glaubten, die CDU/CSU würde im Deutschen Bundestag und in